Landkreis Lüchow-Dannenberg

Protokoll

28. öffentliche Kreistagssitzung

vom 29.06.2026, Lüchow (Wendland), Tannenbergstraße 1, Gildehaus, großer Saal

Tagesordnung:		Vorlage-Nr.

Öffentlicher Teil

.	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung	
1.	Genehmigung des Protokolls der 26. Kreistagssitzung von 09.03.2026	
2.	Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten des Landkreises Lüchow-Dannenberg und Beschlüsse des Kreisausschusses	
3.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
4.	Antrag der CDU-Fraktion im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 29.03.2026: Fortführung Kindertagespflege Waldkindergarten Gartow	2026/790
5.	Antrag von KTA Gallei und KTA Himmel (Bündnis90/Die Grünen) im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 19.05.2026: E-Zigaretten / Vapes als Risko erkennen und Aufklärung und Prävention stark machen!	2026/833
6.	Antrag von KTA Bade, KTA Haase-Mühlner, KTA Liebhaber, KTA Schwidder, KTA Beckmann, KTA Hillmer und KTA Peters (SPD) im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 20.05.2026: Barrierefreier Zugang zur Bücherei Lüchow	2026/839
7.	Antrag von KTA Haase-Mühlner (SPD) im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 11.05.2026: Koordinierungsstelle für die Verbindung zwischen allgemeinbildenden Schulen des LK, den Kitas und den hiesigen Sportvereinen	2026/817
8.	Antrag von KTA Himmel (Bündnis 90/Die Grünen) im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 28.05.2026: Beirat Elbe-Jeetzel-Klinik - Neufassung Satzung	2026/852
9.	Antrag der Fraktionen UWG und CDU im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 01.06.2026: Resolution Rettet die Kommunen	2026/862
10.	Antrag der Fraktion Bürgerliste im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 08.06.2026: Fernverkehrshalt in Salzwedel	2026/876
11.	Planfeststellungsbeschluss Neubau einer Elbbrücke Darchau / Neu Darchau – Umsetzung Beschluss 126/2005	2026/820
12.	Erweiterung der Öko-Modellregion Heideregion Uelzen auf den Landkreis Lüchow-Dannenberg in der 3. Förderperiode (01.01.2027-31.12.2029)	2025/658
13.	Reform der Notfallversorgung / Rettung des Rettungsdienstes	2026/831
14.	Antrag auf Förderung 2027 Checkpoint Queer	2026/778
15.	Außerplanmäßige Ausgabe für einen Investitionskostenzuschuss an die Samtgemeinde Lüchow	2026/830
16.	Einführung eines Strombilanzkreismodells	2026/803
17.	Vorbereitung Vergabe öffentlicher Dienstleistungsauftrag (öDA)	2026/805
18.	Neugestaltung Entsorgungszentrum Woltersdorf – Umsetzung Planungskonzept	2026/828
19.	Weiterfinanzierung der dritten Kraft in der Krippengruppe der Spielscheue Langendorf	2026/810
20.	Finanzierung einer dritten Kraft für die Hortgruppe in der Ev. Kita Hitzacker	2026/825
21.	Einrichtung von 2 Einzelintegrationen in einer Krippengruppe sowie Umwandlung einer Krippengruppe in eine altersübergreifende Gruppe der DRK Kita Brunsilien	2026/836
22.	Weiterfinanzierung der dritten Kraft in der Krippengruppe der DRK Kita Breselenz	2026/834
23.	Satzung für die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung in Ferienzeiten für Kinder ab dem Schuleintritt bis zum Beginn der fünften Klassenstufe	2026/837
24.	Grundsatzentscheidung zur zukünftigen Sportstättenentwicklung im Schulzentrum Lüchow	2026/863
25.	Grundsatzbeschluss zum Einsatz von Fördermitteln	2026/732
26.	Zukunftsentwicklungskonzept des Landkreises Lüchow-Dannenberg (Stand 2026)	2026/875
27.	Fortführung der institutionellen Förderung der GWBF	2026/867
28.	Zielvereinbarung Musikschule	2026/850
29.	Antrag auf Erhöhung des Zuschusses an die Musikschule Lüchow-Dannenberg gGmbH	2026/841
30.	Digitalstrategie des Landkreises Lüchow-Dannenberg	2025/685

31.	2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung des Kreistages und der ehrenamtlich Tätigen (Entschädigungssatzung - ES)	2026/865
32.	Annahme einer Spende in Höhe von 2.850 € für das Rundlingsmuseum Wendland	2026/868
33.	Stellenmehrung im Fachdienst 61 Planen - Bereich Immissionsschutz	2026/866
34.	Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen	
34.1.	Ergebnis des Förderprogrammes Sanierung kommunaler Sportstätten	2026/802
34.2.	Digitalpakt 2.0 – Informationen zur Verschiebung des rückwirkenden Maßnahmenbeginns	2026/832
34.3.	Antragsrücknahme zur Übergangsfinanzierung der Beleghebammen im Landkreis Lüchow-Dannenberg	2026/809
34.4.	Sachstand zur Kita-Bedarfsplanung für die Standorte Schnega, Schweskau, Lüchow (Wendland)	2026/835
34.5.	Anfrage der KTA Beckmann und KTA Hillmer im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 18.06.2026: Raumordnerischer Konflikt im neuen RROP-Entwurf – Blockade der Ortsumgehung	2026/880
34.6.	Anfrage des KTA Himmel und KTA Gallei (Bündnis 90/Die Grünen) im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 26.06.2026: Beregnungssperren während der Mittagszeit	2026/885
34.7.	Anfrage des KTA Carmienke (CDU) bzgl. WLAN in Schulen	
34.8.	Anfrage der KTA Peters (SPD) bzgl. Zuzahlung Kredite Neu-Tramm	
34.9.	Mitteilung des KTA Donat (Soli) bzgl. Antrag Zwischenlagerung und Fachausschuss Atom	

Anwesend:

Landrätin Schulz, Dagmar	
KTA Allgayer-Reetze, Patricia	
KTA Bade, Heike	
KTA Beckmann, Uwe	
KTA Behning, Kurt	anwesend von 14:57 - 17:13 Uhr
KTA Carmienke, Christian	
KTA Donat, Martin	
KTA Dorendorf, Uwe	anwesend ab 15:03 Uhr
KTA Drossel, Fabian	
KTA Fathmann, Bernard	anwesend bis 16:44 Uhr
KTA Fricke, Christine	
KTA Gallei, Matthias	
KTA Goebel, Dietmar	
KTA Gottberg, Wilhelm von	anwesend bis 17:53 Uhr
KTA Haase-Mühlner, Alexander	
KTA Hennings, Matthias	
KTA Hensel, Thorsten	
KTA Herzog, Kurt	
KTA Hillmer, Birgitta	
KTA Himmel, Hanno	anwesend bis 18:10 Uhr
KTA Kaufmann, Horst	
KTA Klepper, Hermann-Dieter	
KTA Korth, Friedhelm Dietmar	
KTA Kretschmer, Sabine	
KTA Liebhaber, Manfred	
KTA Mertins, Holger	anwesend bis 18:22 Uhr
KTA Peters, Kerstin	
KTA Petersen, Andreas	anwesend ab 14:45 Uhr
KTA Petersen, Torsten	
KTA Römer, Sabine	
KTA Schulz, Torsten	
KTA Schwidder, Norbert	
KTA Siebolds, Reinhard	
KTA Sperling, Udo	
KTA Wiegreffe, Wolfgang	anwesend bis 18:24 Uhr
Erster Kreisrat Schermuly, Simon-Daniel Erster Kreisrat	
Kreisbaudirektorin Stellmann, Maria	
Erlebach, Sylvia	
Bauer, Kathrin	
Conrad-Giese, Maren, Dr.	anwesend bis 17:00 Uhr
Fritsche, Kaspar	

Fritzsche, Vanessa
Talg, Pamela

Es fehlen:

KTA Behrens, Marcel	
KTA Flöter, Anja	
KTA Heuer, Johannes	entschuldigt
KTA Siemke, Jörg Heinrich	entschuldigt
KTA Tietke, Eckhard	entschuldigt
KTA Wiehler, Julie	

Beginn: 14:30 Uhr **Ende:** 18:41 Uhr

Öffentlicher Teil

. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Vorsitzender KTA Kaufmann eröffnet die 28. öffentliche Kreistagssitzung und die ordungsgemäße Ladung sowie Beschlussfähigkeit fest. Er teilt mit, dass Tagesordnungspunkt 5 und 6 abgesetzt seien, da sie bereits in der Umsetzung seien. Tagesordnungspunkt 26 sei in die nächste Legislaturperiode vom Kreisausschuss verschoben worden. Er fragt den Kreistag, ob über Tagesordnungspunkt 26 gesprochen werden solle, und stellt fest, dass eine Mehrheit dafür sei.
KTA Herzog macht geltend, dass das Prozedere zur Behandlung des Tagesordnungspunkts 26 diskutiert werden müsse, da es in mehrjähriger Arbeit entstanden sei. Er betont, dass es wichtig sei, zur Thematik Stellung zu beziehen, bevor der Punkt aus der Tagesordnung genommen werde. Er kritisiert, dass eine Mehrheit des Kreistags den Tagesordnungspunkt einfach abstimme und damit aus der Tagesordnung nehme.
Vorsitzender KTA Kaufmann erklärt, dass Tagesordnungspunkt 26 im Kreisausschuss so besprochen worden sei, dass er nicht auf der Kreistagssitzung behandelt werde. Die Begründung sei, dass der neue Kreistag sich stärker einbringen könne.
KTA Himmel erklärt, dass Tagesordnungspunkt 4, Fortführung Kindertagespflege-Waldkindergarten Gatow, bereits in der Jugendhilfeausschusssitzung vom 9.6. behandelt worden sei. Die Verwaltung habe damals bereits eine Lösung erarbeitet, die in Absprache mit dem Träger erfolgt sei. Da der Punkt in beiden Ausschüssen als behandelt erklärt worden sei, sei er aus seiner erledigt. Er teilt mit, dass Tagesordnungspunkt 8, den er selbst eingebracht habe, zurückgezogen wird.
KTA Carmienke erklärt, dass sein weiterer Teil des Antrags sei die Ausweitung der Betreuungszeiten auf bis zu 8 Stunden im Rahmen von Modellen. Er begründet dies mit der landesrechtlichen Regelung, die im Bereich der Kindergärten 8-stündige Betreuung erlaube, im Antragssachverhalt jedoch nur 6 Stunden möglich seien. Deshalb sei der Antrag weiterhin notwendig und in den Kreistag gelassen worden, um einen Appell an die drei Landesregionen zu richten.
Vorsitzender KTA Kaufmann teilt mit, dass Tagesordnungspunkt 4 nicht von Herrn Himmel, sondern von der CDU eingebracht worden sei. Die CDU halte daran fest, dass der Antrag auf der Tagesordnung bleiben müsse, da ein Teil noch nicht behandelt worden sei. Deshalb habe das Präsidium entschieden, den Antrag auf der Tagesordnung zu belassen.
KTA T. Petersen beantragt die Vertagung von Tagesordnungspunkt 26, da viele Fraktionen davon ausgegangen seien, dass der Punkt heute nicht behandelt werde.
Vorsitzender KTA Kaufmann teilt mit, dass der Antrag zur Vertagung von Tagesordnungspunkt 26 für die Geschäftsordnung aufgerufen werde, sobald der Tagesordnungspunkt behandelt werde. Er fragt, ob es weitere Änderungswünsche gebe, und stellt schließlich die Tagesordnung mit den getroffenen Änderungen fest.

1. Genehmigung des Protokolls der 26. Kreistagssitzung von 09.03.2026

KTA Römer bittet um die Anpassung Ihres Geschlechts im Protokoll.

geändert einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 27 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 5 Befangen: 0

2. Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten des Landkreises Lüchow-Dannenberg und Beschlüsse des Kreisausschusses

Landrätin Schulz berichtet, dass am 18.05.2026 mehrere Vergaben beschlossen wurden. Es wurden Leistungen für eine Einzelfall im Bereich Eingliederungshilfe beschlossen. Weiterhin wurde die Leitungsstelle im Fachdienst 63, Bauordnung und Denkmalschutz entschieden und entsprechend besetzt. Es wurde über ein arbeitsgerichtliches Verfahren abgestimmt, in dem die Verwaltung ermächtigt wird, einen Vergleich bis zu einer maximalen Summe von 40.000 Euro einzugehen. Am 23.06.2026 wurde die Kulturförderung für 2026 beschlossen, es ging um Mittel in insgesamt 14.000 Euro. Die Annahme einer Zuwendung für die Neugestaltung des Eingangsbereichs im Rundlingsmuseum in Lübeln in Höhe von 1.000 Euro wurde beschlossen. Der Sperrvermehrt für Zuwendungen in Höhe von 125.000 Euro für die Einrichtung eines Ninja-Parks auf dem Schulhof der Jeetzel-Oberschule wurde ebenfalls beschlossen. Der Rechtsträgerwechsel des Paritätischen Wohlfahrtverbandes Niedersachsen in die Paritätischen Sozialdienste Niedersachsen GmbH und die Übernahme der Tageseinrichtung wurde ab dem 01.08.2026 zugestimmt. Es wurden über insgesamt sechs Niederschlagungen in Höhe von 74.530,15 € entschieden. Bei der einer Flüchtlingsunterbringung wurde der Vertrag gekündigt aufgrund von Sicherheitsmängeln in der Unterkunft. Es gab einen Vergleichsvertrag in einem Fall, in dem eine Grundschuld übernommen wurde, wobei aus Datenschutzgründen die Namen nicht genannt werden dürfen. Die Ausschreibung des SpDi ging an “Die Brücke”, die den Zuschlag für die weitere Leistung des Sozial-Psychiatrischen Dienstes erhielt. Es wurden mehrere Sachspenden von Sponsoren für das Stadtradeln angenommen. Auch am 23.06.2026 wurden mehrere Vergaben beschlossen. Hinsichtlich der Verwaltungsinternen Machbarkeitsprüfung des barrierefreien Naturerlebensstegs in der Nemitzer Heide wurde bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen, dass aufgrund der hohen Umsetzungskosten und des negativen Ergebnisses der Wirtschaftlichkeitsprüfung empfohlen wird, die Machbarkeitsstudie nicht umzusetzen und damit auf die bereits ermöglichten Zuschüsse zu verzichten. Gegebenenfalls kann das Gesamtprojekt zu einem späteren Zeitpunkt erneut aufgegriffen werden. Die befristete Einstellung einer Tierärztin im Fachdienst mit Veterinärwesen und Verbraucherschutz wurde entschieden, sowie die Freigabe einer Personalstelle für die weitere Überarbeitung des kreisweiten Klimaschutzkonzepts 2025.
Landrätin Schulz betont, dass es positive Nachrichten gibt, wie die Verbesserung der Kommunalfinanzierung durch Bund und Länder, die auf Konnexität als Grundlage basiert. Lüchow-Dannenberg wird überregional wahrgenommen und in einzelnen Bereichen als Vorreiterkommune angesehen. Sie hebt hervor, dass man sich auch auf die positiven Aspekte konzentrieren sollte, wie die gute Schulausstattung und die acht Schwimmräder in der Region. Negativ wirken sich die großen Krisen und Konflikte auf die Betriebe aus, wodurch neue Aufgaben im Bereich Zivil- und Bevölkerungsschutz entstehen. Die Liegenschaft bei Tram ist Gegenstand von Planungen im Zusammenhang mit dem Bevölkerungsschutz. Der Umbau des Kreishauses wird mehrere Jahre dauern und Ausweichquartiere sind erforderlich. Hinsichtlich der Flüchtlinge wird weiterhin Wohnraum vermittelt. Die Anträge zum Wohnungsfonds seien wichtig. Sie betont die ehrenamtliche Arbeit der Kreistagsabgeordneten und die Arbeit der Mitarbeitenden der Kreisverwaltung, die trotz großer Herausforderungen und Fachkräftemangels geleistet wird. Sie dankt für die Solidarität und Unterstützung innerhalb des Hauses.

Kenntnis genommen

3. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Ein Einwohner aus Katemin, Neu Darchau fragt, ob der Kreistag dafür Sorge trage, dass die Befragung unter der Bevölkerung im April 2021 Bestand habe, da damals 88,5 Prozent der Einwohner gegen eine Straße durch den Ort gewesen seien. Er fragt weiter, ob der Kreistag die Brückenvereinbarung von 2008 bereits gekündigt habe oder kündigen werde, da sich nach § 60 Verwaltungsverfahrensgesetz die vertraglich vereinbarten Verhältnisse maßgeblich geändert hätten. Er fragt, wo seiner Meinung nach die Grenze in der Elbe bei Darchau/Neu Darchau verlaufe – in der Mitte des Flusses, rechtswäldisch oder linkswäldisch –, da die anteiligen Unterhaltskosten der Landkreise davon abhängen würden. Er fragt weiterhin, wie hoch die momentane Verschuldung des Kreises inklusive laufender Kredite sei und wie hoch der anstehende Investitionsstau im Landkreis sei.
FDL 20 Frau Erlebach gibt an, dass die investive Verschuldung des Landkreises Ende 2025 bei rund 75 Millionen Euro gelegen habe. Sie betont, dass Kreditaufnahmen aus 2024 und 2025 noch nicht einberechnet seien, wodurch die Verschuldung bis Ende 2026 bei rund 120 Millionen Euro liegen könnte, wenn alle Kreditermächtigungen aufgenommen würden. Sie erklärt, dass sie keine Angaben zu Investitionsrückständen machen könne.

Anmerkung der Verwaltung: Ein Erhebungsbogen bzgl der Investitionsrückstände aus dem Jahr 2024 ist diesem Protokoll als Anlage angefügt. Seinerzeit beliefen sich die Investitionskostenrückstände auf ca. 341 Mio. EUR.

Vorsitzender KTA Kaufmann erklärt, dass die anderen Fragen später im Tagesordnungspunkt beantwortet werden würden.
Eine Einwohnerin aus Pudripp stellt fest, dass das Dorf an der Kreuzung der K8 und der B199 liege und unter der Zunahme des Schwerlastverkehrs leide. Sie berichtet, dass sie bereits Nachrichten an die Landrätin und an verschiedene Behörden gerichtet hätten, ohne Antwort erhalten zu haben. Sie fragt, an wen sie sich wenden könne, um geltendes Recht durchsetzen zu können, damit Anwohner nicht eingeschränkt würden.
Herr EKR Schermuly erklärt, dass man sich gerne an ihn wenden könne. Er schlägt vor, dass Frau Runge, Leiterin des Straßenverkehrsamtes, Pudripp in die Verkehrsschau aufnehmen und semi-stationäre Blitzereinheiten erneut aufstellen könne, um die Verkehrsbelastung zu erfassen. Er betont, dass dadurch Gefahrenlagen ermittelt und verkehrsrechtliche Maßnahmen nach geltenden gesetzlichen Regelungen geprüft werden könnten.
Gaby Mischke fragt, ob bekannt sei, dass aus dem alten Vertrag mit dem Landkreis Lüneburg 700.000 Euro zu zahlen seien, wovon bislang nur 70.000 Euro gezahlt worden seien. Sie fragt weiterhin, wie der Landkreis rechtfertigen wolle, dass die finanzielle Belastung für die Zukunft möglich sei, da die Trassierung, die auf dem Gebiet des Landkreises liege, den Kreishaushalt belaste. Sie berichtet, dass sie ein Schreiben von 2024 vorlege, in dem die Baumaßnahmen in Katemin untersagt worden seien, da der Landkreis Lüneburg sich nicht an die Vereinbarung halte. Sie fragt, ob die Landrätin weiterhin zu dieser Untersagung stehe und appelliert an die Kreistagsabgeordneten, Neu Darchau und Katemin nicht im fallen zu lassen. Sie fragt abschließend, wie weit der Sachstand bei der Gründung des Deichverbandes sei, da die Anwohner auf Gespräche mit dem Landkreis warten und der Deichverband für den Hochwasserschutz notwendig sei.
Landrätin Schulz erklärt, dass der Kreis das Thema Brücke an sich herangezogen habe und entsprechend auch das Verbot ausgesprochen worden sei. Sie betont, dass Verhandlungen zur Unterhaltungskostenverteilung im Kreisausschuss thematisiert und Beschlüsse gefasst worden seien. Sie gibt an, dass es Stellungnahmen zu Eisversatz in der Hochwasserlage gegeben habe und dass ein Deichverband für die Umsetzung notwendig sei. Sie gibt an, dass die anderen Themen später nochmals aufgegriffen werden.
KBDin Stellmann erklärt, dass die Zuständigkeit zum Hochwasserschutz in Neu Darchau bei der Samtgemeinde Elbtalaue liege. Sie betont, dass der Landkreis keine Zuständigkeit habe und dass der Planungsträger die Samtgemeinde Elbtalaue gemeinsam mit der Gemeinde sei. Sie erklärt, dass ein Deichverband für die Unterhaltung des künftig angedachten Deiches notwendig sei, wobei die Zuständigkeit ebenfalls bei der Samtgemeinde liege.
Vorsitzender KTA Kaufmann schließt die Einwohnerin- und Einwohnerfragestunde.

4.	**Antrag der CDU-Fraktion im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 29.03.2026: Fortführung Kindertagespflege Waldkindergarten Gartow**	2026/790

KTA Carmienke betont, dass der Waldkindergarten in Gartow besucht worden sei und ein Problem mit der Fortführung der Tagespflege bestanden habe. Dieses Problem sei mittlerweile gelöst worden, da die Genehmigung verlängert wurde. Er dankt dem Verband für die Unterstützung, nachdem Gespräche initiiert worden seien. Zudem weist er darauf hin, dass in anderen Bundesländern eine Betreuungszeit von acht Stunden bei Waldkindergärten üblich sei. In Niedersachsen sei diese Regelung noch nicht umgesetzt. Daher habe die Fraktion eine Resolution eingebracht, um auf die Verlängerung der Betreuungszeit hinzuwirken. Er betont, dass es wichtig sei, ein deutliches Signal zu setzen, und hofft, dass der Kreistag dem Antrag zustimme.
KTA Gallei betont, dass er die Entwicklung des Waldkindergartens in Gartow sowie im Landkreis Lüchow-Dannenberg seit vielen Jahren begleite und mit der Thematik der begrenzten Betreuungszeiten vertraut sei. Er berichtet, dass er im Gespräch mit dem Waldkindergarten darauf hingewirkt habe, dass ein Austausch stattfinde, nachdem die Fachdienstleitung mit Frau Kastrup wieder besetzt worden sei. Frau Kastrup habe ihm in ihrem regelmäßigen Austausch bereits gesagt, dass das Thema zur Zufriedenheit des Trägers behandelt worden sei. Er hält es für schwierig, eine Resolution zu verabschieden, ohne die Thematik nochmals zu unterfüttern. Zudem habe die Verwaltung bereits Kommunikation in Richtung Land angemeldet. Er betont, dass eine Resolution, die lediglich auf sechs statt acht Stunden Betreuung drängt, ohne fundierte Argumentation, nicht ausreiche. Er bittet daher, den Antrag nochmals in den Jugendhilfeausschuss zurückzugeben, um die Thematik dort nochmals zu untermauern und gemeinsam voranzutreiben.

Verwiesen in den zuständigen Ausschuss Ja-Stimmen: 27 Nein-Stimmen: 8 Enthaltung: 0

7.	**Antrag von KTA Haase-Mühlner (SPD) im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 11.05.2026: Koordinierungsstelle für die Verbindung zwischen allgemeinbildenden Schulen des LK, den Kitas und den hiesigen Sportvereinen**	2026/817

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 30 Nein-Stimmen: 1 Enthaltung: 3 Befangen: 0

Es soll ein Arbeitskreis mit 1 KTA je Fraktion sowie dem Vorsitzenden des KSA, Verwaltung, Kreissportbund, Samtgemeinde, Schulen und Kitas gegründet, um eine Beschlussvorlage zu entwickeln.

9.	**Antrag der Fraktionen UWG und CDU im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 01.06.2026: Resolution Rettet die Kommunen**	2026/862

KTA Carmienke weist darauf hin, dass die Kommunen in Niedersachsen 2025 ein Defizit von 2,6 Milliarden Euro verzeichnen, was auf steigende Sozialausgaben und fehlende Gegenfinanzierung zurückzuführen sei. Ein neuer Finanzierungsmechanismus, der auf dem Grundsatz „Wer bestellt, bezahlt“ beruhe, sei ein richtiger Schritt, löse aber nicht die bestehenden Probleme. Die Resolution fordere daher, den Kommunalfinanzausgleich zu stärken, das Konnexitätsprinzip konsequent anzuwenden und sich weiterhin für eine auskömmliche Finanzierung der Sozialleistungen einzusetzen. Starke Kommunen seien die Grundlage einer demokratischen Gemeindeordnung, deren Handlungsfähigkeit und Vertrauenswürdigkeit durch fehlende Mittel gefährdet würden. Er bittet um breite Zustimmung zur Resolution.
KTA Herzog kritisiert, dass Resolutionen in der Regel wenig ausrichten und dennoch eingebracht würden. Er weist darauf hin, dass die Resolution von den Kommunalen Spitzenverbänden stamme, die Landräte hätten sie aber nicht in den Kreislauf eingebracht. Stattdessen hätten Fraktionen wie die CDUWG dies übernommen, was er sachfremd beurteile. Er betont, dass die Ursachen der Finanzkrise, insbesondere die strukturellen Versäumnisse von Bund und Land, in der Resolution nicht benannt würden. Die Einigung zur Finanzierung der Sozialleistungen sei zwar ein Signal, reiche aber nicht aus, um bestehende Defizite zu beheben. Er fordert eine Reform der Einnahmeseite, insbesondere eine Vermögens- und Erbschaftssteuer, und kritisiert, dass die Verwaltung in ihrer Stellungnahme nicht klar die Folgen benenne. Er verweist auf wiederkehrende Finanzkrisen alle 12 Jahre und mahnt eine grundgesetzkonforme Finanzierung an, um das Vertrauen der Bürger zu wahren.
KTA Fathmann betont, dass alle einig seien, dass mehr Geld benötigt werde, das Land aber keine Mittel mehr habe. Er plädiert für eine Fusion der Verwaltungen, um Strukturen zu vereinfachen und Kosten zu senken. Er verweist auf die digitale Revolution und die Möglichkeiten, die KI-assistierte Verwaltung bieten könne, um Personal zu entlasten. Er kritisiert, dass viele Verwaltungsprozesse noch analog ablaufen und fordert eine umfassende Digitalisierung. Er verweist auf eigene Erfahrungen mit der Verwaltung und mahnt, dass Fusionen nicht zu Chaos führen müssten, sondern vielmehr Effizienz stiften könnten. Er sieht in der Fusion der Verwaltungen eine Chance, um langfristig eine moderne, bürgernahe Verwaltung zu schaffen.
KTA Schwidder betont, dass die Kommunen mit steigenden Aufgaben konfrontiert seien, die Konnexität aber nicht ausreiche, um die Finanzierung zu gewährleisten. Er verweist auf die Resolutionen der Kommunalen Spitzenverbände und betont, dass diese Positionen unterstützt werden. Er kritisiert, dass bestimmte politische Entscheidungen, wie die Umverlegung von Flüchtlingen in den Asylbereich, die kommunalen Kassen weiter belasten könnten. Trotz dieser Kritik stimmt er der Resolution zu.
Landrätin Schulz betont, dass die Finanzkrise der Kommunen ein deutschlandweites Problem sei. Sie verweist auf die Defizite in der Jugendhilfe und betont, dass diese nicht durch kommunale Maßnahmen, sondern durch Bundesaufgaben entstanden seien.
KTA Donat kritisiert, dass die Resolution nicht ausreiche, um die strukturellen Probleme der Finanzierung zu lösen. Er verweist auf die Ungleichverteilung des Vermögens in Deutschland und kritisiert, dass Reformen der Sozialleistungen nicht in Richtung Gerechtigkeit, sondern in Richtung Kürzungen gehen könnten. Er betont, dass die Resolution nicht ausreiche, um die Ursachen der Finanzkrise zu benennen, und lehnt deshalb die Zustimmung ab.
KTA Römer unterstützt die Resolution, betont aber, dass sie allein nicht ausreiche. Sie verweist auf die Notwendigkeit, die Verwaltung zu reduzieren und finanzielle Freiräume zu schaffen. Sie sieht in der Resolution einen ersten Schritt, der aber durch weitere Maßnahmen ergänzt werden müsse.
KTA Himmel kritisiert, dass die Resolution nicht gründlich genug beraten wurde. Er fordert, die Resolution zurückzugeben, um sie gemeinsam zu überarbeiten und in einem nächsten Kreistag mit gemeinsamer Fragerstimme abzustimmen.

mehrheitlich beschlossen Ja-Stimmen: 28 Nein-Stimmen: 3 Enthaltung: 4 Befangen: 0

Der Kreistag des Landkreises Lüchow-Dannenberg fordert das Land Niedersachsen auf,

1. **die Mittel im kommunalen Finanzausgleich im Rahmen des Doppelhaushalts 202712028 deutlich zu erhöhen, mindestens jedoch um eine Milliarde Euro,**
2. **das Konnexitätsprinzip im Land konsequent anzuwenden und im Bundesrat nur noch Gesetzen zuzustimmen, die vollständig vom Bund finanziert werden und**
3. **sich beim Bund für eine Reform der Sozialleistungen einzusetzen, die zu einer auskömmlichen Finanzierung auf kommunaler Seite führt.**

Der Kreistag des Landkreises Lüchow-Dannenberg appelliert an Landtag und Landesregierung, die finanzielle Situation der Kommunen mit höchster Priorität zu behandeln und zeitnah wirksame Maßnahmen zu ergreifen, ohne ein Handeln des Landes droht - bei sich fortsetzenden Defiziten - eine Handlungsunfähigkeit der Gemeinden.
Starke Kommunen sind die Grundlage eines funktionierenden Gemeinwesens und einer lebendigen Demokratie. Ihre finanzielle Stabilität ist eine zentrale Voraussetzung für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat.
Jetzt ist die Zeit zu handeln!

10.	**Antrag der Fraktion Bürgerliste im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 08.06.2026: Fernverkehrshalt in Salzwedel**	2026/876

KTA Hensel erklärt, dass der Fernverkehrshalt in Salzwedel für Lüchow-Dannenberg ein ständiges Thema sei, da Salzwedel an der Verbindung in Richtung Berlin oder Mitteldeutschland interessiert sei. Vor 20 Jahren habe es beispielsweise einen Zug gegeben, der von Hamburg über Salzwedel nach Berlin und weiter in Richtung Polen führte. In den letzten neun Monaten habe es aufgrund der Sperrung der Hauptstrecke Hamburg–Berlin eine Umleitung des Verkehrs über Salzwedel gegeben. Dadurch habe es in Salzwedel alle zwei Stunden einen Fernverkehrshalt gegeben, wodurch eine Anbindung nach Hamburg und Berlin in etwas über einer Stunde ermöglicht worden sei. Diese Verbindung sei für die Bevölkerung, Touristen und Vendor attraktiv gewesen. Die Züge seien in Salzwedel gut genutzt worden, mit Aufstiegszahlen, die höher seien als in manchen anderen Verkehrshäfen. Eine Bürgerin aus Salzwedel habe daraufhin eine Petition initiiert, an der sich innerhalb weniger Stunden über 4000 Menschen beteiligt hätten. Die Schaffung eines Fernverkehrsangebots sei in der Praxis schwierig, weshalb die Idee eines Hanse-Express entstanden sei, der von Hamburg über Lüneburg, Salzwedel, Stendorf und Dorthfeld nach Berlin führen solle. Ziel sei es nicht, einen ICE einzurichten, sondern stattdessen eine Intercity-Verbindung anzubieten. Dies hänge mit der veränderten Geschäftspolitik der DB-Fernverkehr zusammen, die keine einzelne Verbindung nur für ICBs wolle, sondern alle Verbindungen alle zwei Stunden fahren müssten. Davon würden nicht nur die Nutzer des Zuges, sondern auch alle anderen profitieren. Er bittet deshalb darum, den Antrag zu unterstützen.

einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 35 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0
Der Landkreis Lüchow-Dannenberg setzt sich für einen dauerhaften Fernverkehrshalt in Salzwedel ein. Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich mit Altmarkkreis und Stadt Salzwedel und den Nachbarlandkreisen Uelzen, Lüneburg und Stendal in Kontakt zu treten, um gemeinsam sich für die Fernverkehrsverbindung einzusetzen. Viele Menschen aus dem Wendland nutzen den Salzwedeler Bahnhof Richtung Berlin, Hamburg und Magdeburg. Mit dem Fernverkehr würden sich die Reisezeiten deutlich verkürzen, insbesondere für Tagespendler.

11.	**Planfeststellungsbeschluss Neubau einer Elbbrücke Darchau / Neu Darchau – Umsetzung Beschluss 126/2005**	2026/820

StL 03 Dr. Conrad-Giese betont, dass der Planfeststellungsbeschluss des Bauvorhabens Elbbrücke Darchau/Neu Darchau seit Mai vorliege und dass der Landkreis Rechtsmittel einlegen könne. Sie erklärt, dass die Kreisverwaltung bereits eine fristwahrende Klage erhebe, um Klagefristen nicht verstreichen zu lassen. Sie weist darauf hin, dass eine solche Klage jederzeit zurückgenommen werden könne, sollte die politische Meinung dies erfordern. Sie erwähnt, dass es bereits Diskussionen im Fachausschuss und Kreisausschuss gegeben habe und dass die Brückenvereinbarung im Zusammenhang mit der Planfeststellung zu betrachten sei.
KTA Peters betont, dass es nicht um die Frage gehe, ob man für oder gegen die Brücke sei, sondern um die Prüfung, ob im Planfeststellungsverfahren und in der Brückenvereinbarung alles rechtlich korrekt abgelaufen sei. Sie weist auf die hohen Unterhaltungskosten hin und erklärt, dass dies den Haushalt des Landkreises stark belaste. Sie fragt, ob es sinnvoll sei, einen Vertrag zu unterschreiben, bei dem später nochmals nachverhandelt werde. Sie weist auf die Auswirkungen der Brücke auf den Landkreis Lüchow-Dannenberg, insbesondere auf Neu Darchau, hin und betont, dass eine Ortsumfahrung, die mitten durch einen Ort führe, keine echte Ortsumfahrung sei. Sie fordert Solidarität

mit den Bürgern von Neu Darchau und Katemin und betont, dass die Brückenvereinbarung und das Planfeststellungsverfahren überprüft werden müssten, um den Schutz der Menschen sicherzustellen.
KTA Herzog betont, dass die Auseinandersetzung um die Brücke die Auseinandersetzung der letzten 30 Jahre widerspiegele. Er weist auf den Transitverkehr hin und fragt, ob eine Brücke mit 2.000 KFZ pro Tag und 100 Millionen Euro Kosten sinnvoll sei. Er kritisiert die fehlende Kosten-Nutzen-Analyse und betont, dass die Betroffenheit der Neu-Darchauer klar sei. Er fordert, dass die Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss erhoben werde. Er erwähnt, dass es Ansatzpunkte gebe, die Brückenvereinbarung zu kündigen, da die Belastung für den Landkreis unzumutbar sei. Er betont, dass die Landesregierung in ihrem Koalitionsvertrag zwar die Verhinderung der Brücke fordere, dies aber inkonsequent umgesetzt werde. Er fordert, dass die Klage unterstützt werde und dass man überlegen solle, ob die Brückenvereinbarung zunächst gekündigt werden könne.
KTA Carmienke erklärt, dass die CDU-Fraktion den Bau der Elbebrücke von Anfang an unterstützt habe, da sie eine Chance für beide Seiten der Elbe sehe. Er betont, dass eine Klage in seiner Auffassung der falsche Weg sei. Er weist auf die langfristige Vorbereitung des Verfahrens, die Gutachten, die Einwendungen, die rechtlichen Anforderungen und die personellen und finanziellen Ressourcen hin, die ein solches Verfahren binden würden. Er betont, dass die Entscheidungsgeschichte des Vertrags, die Dokumente der Kreisverwaltung und die bisherigen Stellungnahmen nicht dafürsprechen, dass eine Klage Erfolg verspreche. Er fordert, dass der politische Weg ausgetestet werde, bevor man in juristische Auseinandersetzungen eintrete, und dass man mit dem Landrat in Lüneburg in Gespräche treten solle, um offene Fragen zu klären. Er betont, dass die Brücke eine Entwicklungschance sei und dass es in der Region Perspektiven gebe.
KTA Klepper betont, dass es um die Zukunft gehe, um die Enkel und Kinder. Er fragt, was er seinen Enkeln erklären solle, wenn die Natur und Region kaputtgemacht würden. Er betont, dass die Brücke das Naturerbe der Region zerstöre und dass dies nicht die Zukunft sei, die er verstehe. Er weist darauf hin, dass die Binnenschifffahrt und das Leben in der Region unter der Brücke leiden würden.
KTA Siebolds erklärt, dass niemand behauptet habe, dass eine Fährverbindung das Gleiche leiste wie eine Brücke. Er weist auf die Interessen der Landwirte, der Arbeitnehmer und anderer Bürger hin und betont, dass diese Interessen vorhanden seien. Man müsse Alternativen entwickeln. Er betont, dass die Fährsituation keine vernünftige Alternative sei. Er kritisiert die aus der Brücke resultierende Mehrbelastung der Bürgerinnen und Bürger, da die Ortsumfahrung direkt durch Katemin laufen soll. Er bittet um Unterstützung bei der Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss für die Einwohnenden von Neu Darchau.
KTA Donat betont, dass man alle Möglichkeiten ausschöpfen müsse, um den Menschen in der Region gerecht zu werden. Er erwähnt die Unterstützung des grünen Umweltministers Christian Meyer für solche Projekte. Er kritisiert, dass die Kreisverwaltung die Erfolgsaussichten der Klage als gering einstufe, aber dass man dennoch juristisch alles ausnutzen müsse. Er betont, dass man gut vorbereitet in Gespräche gehen müsse.
KTA Dorendorf weist darauf hin, dass diese Verträge vor Jahren mit den Gemeinden, Samtgemeinden, Bürgermeistern so vereinbart worden und schon mehrmals geprüft worden seien. Er erwähnt, das eine Brücke notwendig wäre für Handwerker, Pflegedienste und andere Dienstleister. Er kritisiert die Aussage, dass Lüchow-Dannenberg keinen Nutzen aus einem Vertrag ziehen würde, welcher auf Augenhöher im gegenseitigen Einvernehmen geschlossen worden seien. Menschen aus Lüneburg und Lüchow-Dannenberg seien für die Brücke.
KTA Peters erklärt, dass bspw. die Sparkasse den Automaten abgeschafft habe, da er zu wenig genutzt werde. Sie erwähnt, dass man 2015 die Fahrzeiten verlängern wollte, aber dass Lüneburg ablehne, sich an den Kosten zu beteiligen. Sie betont, dass es einen Unterschied mache, ob 600 oder 2.500 Fahrzeuge durch einen Ort fahren.
Landrätin Schulz betont, dass sie der Meinung sei, dass man eine Brücke brauche, aber nicht an dieser Stelle. Sie erklärt, dass sie Details noch mit den Anwälten klären müsse und dass man aus verschiedenen Gründen eine Brücke brauche, aber dass dies nicht an dieser Stelle der Fall sei.

mehrheitlich beschlossen Ja-Stimmen: 22 Nein-Stimmen: 11 Enthaltung: 1 Befangen: 0
Es ist gegen den Planfeststellungsbeschluss zum Neubau einer Elbbrücke Darchau / Neu Darchau fristwahrend Klage einzureichen.
Parallel soll eine Kanzlei zur inhaltlichen Ausgestaltung der Klage beauftragt werden.

geändert mehrheitlich beschlossen Ja-Stimmen: 22 Nein-Stimmen: 11 Enthaltung: 1 Befangen: 0
Es ist gegen die „Brückenvereinbarung“ Klage einzureichen, sofern eine anwaltliche Expertise Erfolgsaussichten sieht. Hierfür ist eine externe Kanzlei zu beauftragen.

geändert mehrheitlich beschlossen Ja-Stimmen: 27 Nein-Stimmen: 5 Enthaltung: 3 Befangen: 0
Parallel soll der Landkreis Lüchow-Dannenberg mit dem Landkreis Lüneburg Gespräche über die Kostenaufteilung der Folgekosten führen.

12.	**Erweiterung der Öko-Modellregion Heideregion Uelzen auf den Landkreis Lüchow-Dannenberg in der 3. Förderperiode (01.01.2027-31.12.2029)**	2025/658

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 26 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 3 Befangen: 0
Der Kreistag beschließt den Beitritt und Zusammenschluss des Landkreises mit der Öko-Modellregion Heideregion Uelzen und die damit einhergehende Bereitstellung der Eigenmittel für die Förderperiode 01.01.2027 – 31.12.2029.

13.	**Reform der Notfallversorgung / Rettung des Rettungsdienstes**	2026/831

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 29 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0
Der Kreistag beschließt die Abgabe der Resolution zur Reform der Notfallversorgung.

14.	**Antrag auf Förderung 2027 Checkpoint Queer**	2026/778

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

mehrheitlich beschlossen Ja-Stimmen: 24 Nein-Stimmen: 7 Enthaltung: 0 Befangen: 0
Der Landkreis zahlt an Checkpoint Queer einen Zuschuss in Höhe von 5.000 €.

15.	**Außerplanmäßige Ausgabe für einen Investitionskostenzuschuss an die Samtgemeinde Lüchow**	2026/830

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 31 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 1 Befangen: 0
Der Kreistag beschließt den Investiotionskostenzuschuss für die Samtgemeinde Lüchow in Höhe von ca. 109.875,85 Euro.

16.	**Einführung eines Strombilanzkreismodells**	2026/803

KTA Herzog betont, dass das Strombilanzkreis-Modell ein sinnvolles Instrument darstellt, das zur Regel werden müsse, nicht nur auf Kreisebene, sondern insbesondere auch bei den Samtgemeinden. Zudem weist er auf das Modell des Energy Sharing hin, dass er als richtig und zielführend bewertet. Er begrüßt, dass das Gebäudemanagement hier auf dem richtigen Weg sei und betont, dass die Landkreis-Ebene sowie die Samtgemeinden dieses Vorgehen übernehmen müssten.
KTA Römer fragt, ob das Strombilanzkreis-Modell im Rahmen der geplanten Gesetzesänderungen des Wirtschaftsministeriums noch Bestand habe. Sie weist darauf hin, dass sich der erneuerbare Energiemarkt aktuell in zwei Entwicklungen bewege: einerseits eine geplante Gesetzesvorlage mit einschneidenden Änderungen und andererseits eine starke Marktabschwächung. Sie fragt, ob vor der Abstimmung noch eine Prüfung erfolgt sei.
KBDin Stellmann erklärt, dass ihr bislang keine Änderungen vorliegen und sie diese nicht kenne. Sie bittet, die Änderungsvorschläge zu übersenden, damit sie geprüft werden können. Sie gibt an, diese dann hinsichtlich der Kompatibilität mit der entsprechenden Vorlage zu prüfen.
KTA Carmienke erwähnt das Energieeffizienzgesetz, das gerade in der Bundestagsfraktion beraten werde. Er weist darauf hin, dass nach seinem Kenntnisstand noch Änderungen erforderlich seien, da das Gesetz in seiner derzeitigen Form seiner Meinung nach nicht abstimmungsfähig sei. Er nennt als Gründe viele Fehler und Unzulänglichkeiten, insbesondere in Bezug auf die Betrachtung anderer Energieformen als Pumpen. Er betont, dass es bereits Diskussionen gegeben habe, an denen er selbst teilgenommen habe, und dass verschiedene Interessenvertreter wie Handwerksinnungen und Lobbyisten Änderungen forderten. Er ist deshalb davon überzeugt, dass es Änderungen geben werde und äußert Interesse an dem Ergebnis, das nach der Fraktionsdiskussion im Bundestag vorliegen werde.

mehrheitlich beschlossen Ja-Stimmen: 29 Nein-Stimmen: 3 Enthaltung: 0 Befangen: 0
Der Kreistag beschließt, das Gebäudemanagement bei künftigen Stromausschreibungen mit

der Integration eines Strombilanzkreismodells zu beauftragen, sobald die technischen und organisatorischen Voraussetzungen hierfür geschaffen sind. Dadurch sollen Kosten gespart, der weitere Ausbau von PV-Anlagen sowie das Erreichen der Treibhausgasneutralität 2040 gezielt vorangetrieben werden.

17.	**Vorbereitung Vergabe öffentlicher Dienstleistungsauftrag (öDA)**	2026/805

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

geändert einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 31 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 1 Befangen: 0
Die Kreisverwaltung wird beauftragt die notwendige Vergabe des öffentlichen Dienstleistungsauftrages für den öffentlichen Personennahverkehr vorzubereiten. Die Vergabe erfolgt durch eine Direktvergabe für die Dauer von bis zu 11 Jahren an das landkreiseigene Unternehmen, Lüchow-Schmarsauer Eisenbahn GmbH. Die inhaltliche Ausgestaltung der vorherigen Bekanntmachung der geplanten Direktvergabe erfolgt in enger Abstimmung mit der Politik und externen Fachexperten.

18.	**Neugestaltung Entsorgungszentrum Woltersdorf – Umsetzung Planungskonzept**	2026/828

KTA Peters betont, dass die SPD den vorliegenden Antrag zurückverweisen wolle, da im Fachausschuss wichtige Unterlagen, darunter das Protokoll der letzten Sitzung, nicht vorlagen. Daraus ergebe sich, dass eine Entscheidung nicht sachgerecht sei. Der Antrag solle daher in den Fachausschuss zurückgegeben werden, um im nächsten Kreistag am 5. Oktober erneut abgestimmt zu werden.
KTA A. Petersen widerspricht und betont, dass alle notwendigen Unterlagen, insbesondere die Präsentationen der Verwaltung, vorlagen. Das Protokoll der letzten Sitzung sei zwar nicht vorhanden gewesen, habe aber keine Entscheidungsgrundlage geboten, da in der gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse KliMo und AÖS keine intensiven Debatten stattgefunden hätten. Daher sei das Protokoll nicht erforderlich gewesen, um eine Entscheidung zu ermöglichen.
KTA Beckmann erklärt, dass er den vorliegenden Beschluss zum Entsorgungszentrum Woltersdorf nicht unterstützen werde. Ein Bauvorhaben von knapp zehn Millionen Euro, das den Gebührenhaushalt über 50 Jahre bindet und zu einer Gebührenerhöhung von bis zu 8 % führt, müsse auf einer ausreichenden Grundlage entschieden werden. Die Verwaltung habe das Protokoll der Expertenanhörung vom 14. April nicht bereitgestellt. Eine Entscheidung sei daher im informationellen Blindflug getroffen. Die Landrätin und die Verwaltung wüssten dies, hätten den schriftlichen Antrag auf Verzögerung im Fachausschuss ignoriert und den Punkt dennoch auf die Tagesordnung gesetzt. Dies sei ein Affront gegen die demokratische Kontrollfunktion des Kreistages. Er nehme seine politische Sorgfaltspflicht wahr und stimme daher mit Nein. Er beantragt ferner, dass seine Erklärung und Stimmabgabe im Protokoll der heutigen Sitzung festgehalten werden.
KTA Allgayer-Reetze erklärt, dass sie im Ausschuss Mitglied gewesen sei und dort ausführlich über die drei Varianten diskutiert worden sei. Der Ausschuss habe sich aufgrund der Kosten für die günstigste Variante entschieden, die laut Frau Stellmann den Anforderungen genüge. Dies sei im Sinne des Kreishaushalts sinnvoll. Sie weist darauf hin, dass in der heutigen Vorlage lediglich von Variante 2 die Rede sei, die aber nicht zur Abstimmung stehe, da der Kreisausschuss bereits Variante 1 empfohlen habe.
KTA Carmienke korrigiert die Darstellung und betont, dass die ursprüngliche Variante 2 mit Kosten von 10 Millionen Euro vorgeschlagen worden sei. Der Ausschuss habe sich nach reiflicher Überlegung jedoch für die günstigere Variante 1 entschieden, die 3,5 bis 5 Millionen Euro kosten würde. Der Kreisausschuss habe dies ebenfalls beschlossen. Daher sei keine Sorge nötig, dass die teuerste Variante gewählt werde.
KBDin Stellmann erklärt, dass die Sitzungsvorlagen nicht geändert werden könnten. Die ursprüngliche Vorlage habe Variante 2 vorgeschlagen, doch sowohl Fachausschuss als auch Kreisausschuss hätten sich nach reiflicher Diskussion für Variante 1 entschieden. Das Protokoll der Expertenanhörung liege bis heute nicht vor, doch sämtliche Präsentationen aus der gemeinsamen Ausschusssitzung sowie der letzten Klimasitzung seien übermittelt worden. Dies sei eine ausreichende Grundlage für die heutige Entscheidung.

geändert mehrheitlich beschlossen Ja-Stimmen: 25 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 8 Befangen: 0
Der Kreistag beschließt die Weiterverfolgung des Planungskonzeptes für das Entsorgungszentrum Woltersdorf entsprechend der Variante I, zusätzlich soll die Optimierung der Rückstaufläche für Anliefernde geprüft werden. Außerdem wird die Kreisverwaltung beauftragt, entsprechende Mittel in den Gebührenhaushalt 2027 einzustellen.

19.	**Weiterfinanzierung der dritten Kraft in der Krippengruppe der Spielscheue Langendorf**	2026/810

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 33 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0
Die Finanzierung der 3. Kraft in der Krippe der Spielscheune Langendorf wird für das Kita-Jahr 2026/27 sichergestellt, auch wenn zum Stichtag 01.10.2026 weniger als 11 Kinder die Krippe besuchen und damit kein Anspruch auf Finanzhilfe des Landes für die 3. Kraft besteht. Der Beschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Mitfinanzierung durch die Samtgemeinde Elbtalaue.

20.	**Finanzierung einer dritten Kraft für die Hortgruppe in der Ev. Kita Hitzacker**	2026/825

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 33 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0
Dem Antrag des Ev.-luth. Kirchenkreis Lüchow-Dannenberg auf Finanzierung einer dritten Kraft in der Hortgruppe der Ev. Kita Hitzacker für das Kitajahr 2026/27 wird zugestimmt.

21.	**Einrichtung von 2 Einzelintegrationen in einer Krippengruppe sowie Umwandlung einer Krippengruppe in eine altersübergreifende Gruppe der DRK Kita Brunsilien**	2026/836

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 33 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0

1.) **Vorbehaltlich der Zustimmung der Samtgemeinde Lüchow zur Mitfinanzierung gemäß Jugendhilfevereinbarung und unter der Voraussetzung, dass zwei Integrationskinder verbindlich für den Besuch der DRK-Kita Brunsilien aufgenommen werden, trägt der Landkreis ab dem 01.08.2026 aufgrund des Anerkenntnisses der Eingliederungshilfe gemäß jährlicher Bedarfs- und Haushaltsplanung das mit dem Landkreis abzustimmende notwendige Betriebskostendefizit für die Integrations-Krippengruppe.**
2.) **Der Einrichtung der Einzelintegrationen in der Krippe und der damit bedingten Umwandlung einer der drei Krippengruppen in eine altersübergreifende Gruppe wird zugestimmt.**

22.	**Weiterfinanzierung der dritten Kraft in der Krippengruppe der DRK Kita Breselenz**	2026/834

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 33 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0
Die Finanzierung der 3. Kraft in der Krippe der DRK Kita Breselenz wird für das Kita-Jahr 2026/27 sichergestellt, auch wenn zum Stichtag 01.10.2026 weniger als 11 Kinder die Krippe besuchen und damit kein Anspruch auf Finanzhilfe des Landes für die 3. Kraft besteht. Der Beschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Mitfinanzierung durch die Samtgemeinde Elbtalaue.

23.	**Satzung für die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung in Ferienzeiten für Kinder ab dem Schuleintritt bis zum Beginn der fünften Klassenstufe**	2026/837

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 33 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0
Die Satzung des Landkreises Lüchow-Dannenberg für die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung in Ferienzeiten für Kinder ab dem Schuleintritt bis zum Beginn der fünten Klassenstuffe wird in der vorgelegten Entwurfsfassung beschlossen.

24.	Grundsatzentscheidung zur zukünftigen Sportstättenentwicklung im Schulzentrum Lüchow	2026/863

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

geändert einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 33 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0
Beschlussvorschlag der Verwaltung wird angenommen: Planung mit dem SC Lüchow.
Der Kreistag beschließt, die Planungen für die zukünftige Sportstättenentwicklung im Schulzentrum Lüchow als Gesamtlösung unter Einbeziehung des Neubaus einer 2-FeldSporthalle, des Vereinsheimes des SC Lüchow und der Sanierung der Sanitäranlagen weiterzuverfolgen, um diese zukünftig bei einer neuen Förderrunde des Förderprogrammes „Sanierung kommunaler Sportstätten" einzureichen.
Die weitere Planung soll insbesondere folgende Schritte umfassen:

- **Detaillierte Klärung der Kostenaufteilung und Finanzierungsmodelle mit dem Sportverein SC Lüchow und Ausarbeitung der rechtlichen Rahmenbedingungen (z.B. Nutzungsrechte, vertragliche Vereinbarungen)**
- **Vertiefende Planung und Kostenkalkulation zur Beantragung in der nächsten Runde im Rahmen des Förderprogrammes „Sanierung kommunaler Sportstätten"**
- **Vorstellung der vertieften Planungen und der detaillierten Kosten- und Finanzierungsübersicht im zuständigen Fachausschuss und im Kreistag zur Beschlussfassung über die Bewerbung des Projektes bei dem Fördermittelgeber**

25.	Grundsatzbeschluss zum Einsatz von Fördermitteln	2026/732

KTA Carmienke betont, dass er sich die Verwendung der Gelder für was anderes gewünscht hätte. Er sei nicht gegen den Kauf eines Grundstücks sein, hielte dies jedoch nicht für zielgerichtet. Stattdessen solle das Geld in Projekte investiert werden, die der Bevölkerung sichtbar etwas bringen. Es gäbe genügend andere Prioritäten, insbesondere im Bereich Schulanlagen und -bauten, die Renovierungsbedarf hätten. Er betont, dass Schulbäume und Bauten in der Regel in den Vordergrund gestellt werden müssten, da dort vieles renoviert und geplant werden müsse. Er berichtet, dass er in der vergangenen Woche im Musikschulraum der N-B-S in Dannenberg gewesen sei, der sich optisch kaum verändert habe. Die Musikschullehrerin habe erwähnt, dass Farbe abgefallen sei und Lampen heruntergerissen worden seien.
Herr EKR Schermuly erklärt, dass die Kita-Bauten nicht einfach umgesetzt würden, sondern in der Planung seien. Das Gebäudemanagement habe die Planung abgeschlossen, sodass nun Planungsunterlagen für die Kita vorlägen. Die Zahlen würden weiterhin genau geprüft, um der Politik entsprechende Vorschläge zu machen.
KTA Schwidder weist auf den Substanzverzehr an Schulen hin, die in den 60er-70er Jahren gebaut worden seien. Er kritisiert, dass viele erst durch persönliche Erlebnisse solche Dinge wahrnähmen, diese aber schnell wieder aus den Augen verloren, sobald sie nicht mehr aktuell seien. Er betont, dass der Ankauf, der in Frage gestellt worden sei, wichtig sei, um das Zentrum in Dannenberg weiterzuentwickeln. Angesichts negativer Entwicklungen in der Region sei die Summe von 270.000 Euro nicht ausreichend, um die gravierenden Sanierungsbedarfe an den Schulen zu beheben. Dies gelte für fast alle Schulorte, wobei die Zukunft zeigen werde, wie sich die Region insgesamt stärken lasse.

einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 32 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0
Die dem Landkreis aus dem Niedersächsischen Kommunalfördergesetz (NKomFöG) zugewiesenen Fördermittel werden grundsätzlich für Investitionen eingesetzt, die bereits mit dem Haushaltsplan 2026 (einschl. der Finanzplanungsjahre 2027-2029) festgesetzt sind.
Die dem Landkreis zugewiesenen Fördermittel in Höhe 1.724.342,18 EUR werden wie folgt verwendet:

1. **275.200 EUR für den Erwerb des Grundstückes „Bauhof der kommunalen Dienste Samtgemeinde Elbtalaue“ für Katastrophen- und Bevölkerungsschutzzwecke sowie als potentielle Entwicklungsfläche**
2. **1.449.142,18 EUR für KiTa Neubauten in Lüchow (4-gruppig) und Hitzacker (2-gruppig), die mit Gesamtinvestitionen von 5,0 Mio. EUR veranschlagt sind**

26.	Zukunftsentwicklungskonzept des Landkreises Lüchow-Dannenberg (Stand 2026)	2026/875

KTA Herzog betont, dass in den vergangenen 20 Jahren zahlreiche Programme mit umfangreicher Dokumentation, geringer Umsetzung und noch geringerer Evaluation entstanden seien. Er unterstreicht, dass für solche Prozesse eine stringente, zielgerichtete Moderation notwendig sei. Zudem sei die Einbeziehung der Gremien erforderlich. Er hebt hervor, dass ein dreijähriger Prozess durchgeführt worden sei und sowohl das Zukunftsentwicklungskonzept als auch das Klimaschutzkonzept des Kreises gescheitert seien. Er betont, dass ein intensiver Austausch Grundbedingung sei, um Ergebnisse zu erzielen. Die mit dem Konzept beauftragte Firma sei gekündigt und ein interner Strategiekreis eingerichtet worden, der aufwändig und teuer gewesen sei, wobei die Gremien ausgeschlossen worden seien. Rausgekommen seien zwei Programme, die seiner Ansicht nach kein eigenes Klimaschutzkonzept benötigten, da Klimaschutz die dringlichste und größte Querschnittsaufgabe sei. Er fordert, die Kernpunkte eines Klimaschutzkonzepts in das Zukunftsentwicklungskonzept einzubauen, ohne Einschränkungen.
Vorsitzender KTA Kaufmann erinnert daran, dass es um den Beschluss gehe und nicht um eine allgemeine Stellungnahme.
KTA Herzog erwidert, dass seine Stellungnahme sei, dass der Antrag wichtig sei und man daran weiterarbeiten müsse.
Landrätin Schulz hebt hervor, dass mit der Firma Beratungsraum eine externe Firma beauftragt worden sei, die Werkstätten durchgeführt und sauber dokumentiert habe. Allerdings sei diese Firma nicht regional verwurzelt gewesen und habe Ergebnisse geliefert, die für mehrere Landkreise in Deutschland hätten gelten können. Sie betont, dass ein intensiverer Einstieg in die lokale Situation gewünscht worden sei. Nach der Kündigung der Firma habe die Verwaltung nachgearbeitet und zusätzliche Werkstätten angeboten, die offen für alle seien. Sie verweist auf die Teilnahme in Werkstätten mit bis zu 180 Teilnehmern. habe man mit allen Fachdiensten gesprochen, um auch die Sicht der Mitarbeiterinnen einzubeziehen. Sie betont, dass dies die Grundlage für den nächsten Kreistag sei. Bewusst seien keine Maßnahmen oder Beschlusslagen enthalten, um dem neuen Kreistag die Möglichkeit zu geben, für die nächsten Jahre zu gestalten.

zurückgestellt Ja-Stimmen: 33 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0

27.	**Fortführung der institutionellen Förderung der GWBF**	2026/867

KTA Korth betont, dass die Vorlage des Tätigkeitsberichts der GWBF zwar zahlreiche Statistiken enthält, jedoch im Detail zu oberflächlich ausfällt. Er kritisiert, dass das Thema Fachkräftemangel kaum thematisiert wird und dass die Zahlen nicht ausreichend erläutert sind. Zudem fehle es an einer detaillierten Darstellung des Finanzberichts. Er betont, dass das Defizit der GWBF letztlich vom Landkreis übernommen werden müsse, und fordert für die Zukunft eine klare Einsparstrategie, um langfristig tragfähige Maßnahmen vorzulegen.
KTA Schwidder betont, dass die Geschäftsführung der GWBF sehr kommunikativ agiert. Er verweist darauf, dass in der Vergangenheit durch fixierte Zuschüsse des Landkreises Leistungen des früheren Vertragspartners zurückgegangen seien. Er betont, dass neben der Fachkräftegewinnung auch andere Aspekte wie Wirtschaftsaktivitäten von Bedeutung seien. Er begrüßt, dass der GWBF die Möglichkeit erhalte, sich intensiver in Wirtschaftsfragen einzubringen, und betont, dass jeder Euro, der in die Wirtschaft investiert werde, langfristig Vorteile für den Landkreis und die kommunale Gewerbesteuer bringe.
KTA Hensel betont, dass die Wirtschaftsförderung ein zentraler Punkt für den Landkreis sei, der nicht nur Unternehmen, sondern auch Arbeitsplätze sichere und schaffe. Er betont, dass die Nachfolgeförderung ein großes Problem sei, insbesondere in kleinen Betrieben, die oft keine Nachfolge fänden und dadurch Arbeitsplätze verloren gingen. Er betont, dass die Erhöhung um 30.000 Euro pro Jahr sinnvoll sei, auch wenn es in anderen Bereichen höhere Beträge gebe. Er betont, dass auch Institutionen wie die Musikschule zur Wirtschaftsförderung beitrügen, da sie den Standort stärke. Er fordert, die Wirtschaftsförderung weiterhin aktiv zu unterstützen, um Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen.
einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 32 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 1 Befangen: 0

1. **Der Kreistag beschließt, mit der Wahrnehmung der kommunalen Wirtschaftsförderung des Landkreises Lüchow-Dannenberg ab dem 01.01.2027 für die Dauer von 3 Jahren mit einer Option auf Verlängerung um 2 weitere Jahre weiterhin an die GWBF Lüchow-Dannenberg mbH zu beauftragen. Die Beauftragung erfolgt im Rahmen einer öffentlich-öffentlichen Zusammenarbeit gemäß § 108 GWB.**
2. **Der Kreistag beschließt, zur Finanzierung der auf die GWBF mbH übertragenen Aufgaben der kommunalen Wirtschaftsförderung den jährlichen Finanzierungsbetrag des Landkreises ab dem Haushaltsjahr 2027 von bisher 200.000 € auf 230.000 € anzuheben und die entsprechenden Mittel im Produkt 57101 „Wirtschaftsförderung“ im Rahmen der jeweiligen Haushaltsbeschlüsse bereitzustellen. Hintergrund ist die strukturell finanzielle Unterdeckung der GWBF Lüchow-Dannenberg mbH.**

3. **Der Kreistag beschließt, die Höhe des Finanzierungsbetrages des Vorjahres ab dem Haushaltsjahr 2028 jährlich auf Grundlage der von der GWBF mbH vorzulegenden wirtschaftlichen Unterlagen, insbesondere des Wirtschaftsplans, des Jahresabschlusses sowie der Darstellung der Aufgaben- und Leistungsentwicklung der Gesellschaft, zu überprüfen. Dabei sind insbesondere Tarif-, Sachkosten- und sonstige Kostenentwicklungen angemessen zu berücksichtigen. Über etwaige Anpassungen entscheidet der Kreistag im Rahmen der jeweiligen Haushaltsberatungen.**
4. **Der Kreistag beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, die vergabe-, beihilfe-, gesellschafts- und zuwendungsrechtlichen Rahmenbedingungen der Aufgabenwahrnehmung fortlaufend zu prüfen.**

28.	**Zielvereinbarung Musikschule**	2026/850

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 32 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0
Die überarbeitete Zielvereinbarung zwischen der Musikschule Lüchow-Dannenberg GmbH und dem Landkreis Lüchow-Dannenberg wird beschlossen.

29.	**Antrag auf Erhöhung des Zuschusses an die Musikschule Lüchow-Dannenberg gGmbH**	2026/841

KTA Herzog kritisiert, dass bei der GWBF ein Wirtschaftsplan den Bedarf definiere, während bei der Musikschule die Veränderung der Grundlohnsumme als Grundlage dienen solle. Dieser Ansatz sei jedoch unvollständig, da Faktoren wie der Rückgang der Schülerzahlen und damit verbundene Einnahmeverluste nicht berücksichtigt würden. Zudem sei die Musikschule eine freiwillige Leistung, was in der GWBF-Vorlage nicht ausdrücklich genannt sei. Er fordert, die Formulierung der Dynamisierung an die GWBF anzupassen.
KTA Himmel betont die Bedeutung der Musikschule als Aushängeschild für Nachbarlandkreise. Er weist auf den Verlust von Lehrkräften hin, der sich negativ auf die Leistungsfähigkeit der Musikschule auswirke. Er erläutert, dass er im Kreisausschuss bereits einen Antrag gestellt habe, den Zuschuss ab dem neuen Schuljahr um 100.000 Euro zu erhöhen. Nach weiterer Überlegung schlage er vor, den Zuschuss in zwei weiteren Stufen um jeweils 50.000 Euro zu erhöhen, um ein vergleichbares Niveau zu erreichen. Er betont, dass der Landkreis für Arbeitskräfte attraktiv bleiben müsse.
Landrätin Schulz berichtet von Gesprächen mit Vertretungen der Musikschule, in denen sich zeigte, dass der Hauptgrund für den Personalbedarf die unzureichende Bezahlung sei. Sie verweist darauf, dass Musikschulen in Salzwedel und Uelzen deutlich höhere Gehälter zahlen und dadurch Personal gewonnen werde. Sie erwähnt, dass Leitungsstellen nicht besetzt werden konnten, da die Gehaltsvorstellungen der Bewerber nicht erfüllt wurden. Sie weist zudem auf die unterschiedlichen Zuschüsse des Landes hin. Sie erwähnt, dass der Antrag auf Zuschusserhöhung zum Halbjahr umgesetzt werden könne, da im Bereich des ÖPNV von der LSE eine Rückzahlung von ca. 800.000 Euro möglich sei.
KTA Carmienke betont, dass die Musikschule einen hohen Stellenwert habe und Personalverluste verhindert werden müssten. Er begrüßt den Ansatz, den Zuschuss zu erhöhen, und betont, dass die Lohnsituation ein Problem sei. Er verweist auf die deutlichen Unterschiede im Zuschuss des Landes. Er fordert, dass die Landesregierung mehr in die Kulturförderung investiere und den Antrag mit den Änderungen von Kurt Herzog schließe.
KTA Herzog weist darauf hin, dass der Spiegelpunkt 3 der GWBF-Vorlage übernommen werden könne, wenn man die Musikschule einsetze.
KTA Mertins schlägt vor, den Beginn des Zuschusses auf das Schuljahr 2026/2027 zu legen.
KTA Himmel erläutert erneut, dass die Angleichung des Lohnniveaus Ziel sei. Bei einer Erhöhung um 100.000 Euro liege man bei 80–85 % des Niveaus anderer Musikschulen. Er schlägt vor, den Zuschuss in zwei Stufen um jeweils 50.000 Euro zu erhöhen, um langfristig 100 % zu erreichen.

geändert einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 32 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0
Ab dem Schuljahr 2026/2027 wird der vom Landkreis Lüchow-Dannenberg gezahlte, jährliche Zuschuss gem. § 12 des Gesellschaftsvertrages an die Musikschule Lüchow-Dannenberg gGmbH von aktuell 280.000 € auf 380.000 € erhöht.

Der Kreistag beschließt, die Höhe des Finanzierungsbetrages des Vorjahres ab dem Haushaltsjahr 2028 jährlich auf Grundlage der von der Musikschule Lüchow-Dannenberg GmbH vorzulegenden wirtschaftlichen Unterlagen, insbesondere des Wirtschaftsplans, des Jahresabschlusses sowie der Darstellung der Aufgaben- und Leistungsentwicklung der Gesellschaft, zu überprüfen. Dabei sind insbesondere Tarif-, Sachkosten- und sonstige

Kostenentwicklungen angemessen zu berücksichtigen. Über etwaige Anpassungen entscheidet der Kreistag im Rahmen der jeweiligen Haushaltsberatungen. Genutzt werden die Minderaufwendungen/Einsparungen bei der LSE.

30.	**Digitalstrategie des Landkreises Lüchow-Dannenberg**	2025/685

KTA Allgayer-Reetze betont, dass das Zukunftsentwicklungskonzept des Landkreises vertagt wurde und in der Vorlage für das Digitalisierungskonzept auf dieses Bezug genommen wird. Sie hält es für sinnvoll, das Digitalisierungskonzept zusammen mit dem Zukunftsentwicklungskonzept zu bearbeiten und stellt einen entsprechenden Antrag.
KTA Korth weist darauf hin, dass Digitalisierung immer mehr zum Kostenfaktor im Haushalt des Landes werde. Er nennt steigende Kosten für Anschaffungen, Software und Trainings sowie höhere Ausgaben für IT-Sicherheit. Er betont, dass Digitalisierung mit Augenmaß betrieben werden müsse und nicht nur deshalb erfolgen dürfe, weil etwas vorhanden sei. Er bezeichnet das Digitalisierungskonzept als überflüssig.
KTA Gallei betont, dass Digitalisierung ein Zukunftsthema sei. Er begründet dies mit der Notwendigkeit, eine Digitalisierungsstrategie zu entwickeln, die die Landkreise und Gemeinden miteinbeziehe. Sie kritisiert, dass bei der Präsentation von Digitalisierungsprojekten der Landkreis in einer Bürgermeisterdienstversammlung der Mehrwert für die Gemeinden und Bürgerinnen und Bürger nicht ausreichend beantwortet wurde. Er betont, dass die Projekte derzeit noch Insellösungen seien und den Schulterschluss mit den Samtgemeinden benötigten. Er begründet den Antrag damit, dass man nochmals einen Schritt zurückgehen müsse, um die bestehende Strategie und die Aspekte des Antrags gemeinsam im Fachausschuss zu besprechen. Er fordert eine Lösung die den Namen „interkommunale Digitalisierungsstrategie“ verdient, und bittet um Unterstützung.
KTA Carmienke bestätigt, dass die vorgelegte digitale Strategie in die richtige Richtung gehe, betont aber, dass die interkommunale Zusammenarbeit anders betrachtet werden müsse. Er weist auf die Notwendigkeit hin, Verwaltungsprozesse zu vereinfachen und Anträge digital zu ermöglichen. Er nennt als Beispiel die unterschiedlichen Formulare bei Wahlen, die in den Samtgemeinden und im Landkreis unterschiedlich ausgestaltet seien. Er betont, dass man die Zusammenarbeit mit den Samtgemeinden stärken müsse, um einen Mehrwert für die Bürger zu schaffen.
KTA T. Petersen betont, dass die interkommunale Zusammenarbeit nicht ausgeschlossen sei, aber die Samtgemeinden eigenverantwortlich tätig seien und nicht zwingend vom Landkreis in die Strategie einbezogen werden müssten. Er nennt als Beispiel die Samtgemeinde Lüchow, die andere ordnungspolitische Aufgaben hätten als der Landkreis. Er betont, dass die Zusammenarbeit schwierig werde, solange unterschiedliche Systeme existierten, und fordert, zunächst die Strategie abzustimmen.
KTA Schwidder betont die Notwendigkeit, auf Augenhöhe Dinge gemeinsam zu entwickeln, insbesondere hinsichtlich der Digitalisierung der Verwaltung nach außen und innen. Er kritisiert, dass in der vorliegenden Strategie das Element fehle, das die Grünen-Fraktion thematisiert hätten, nämlich die Entwicklung auf Augenhöhe zwischen Kreis- und Gemeindeebene. Er begründet dies mit der Notwendigkeit, nach der Kommunalwahl eine IT-Abteilung und Mitgliedsgemeinden gemeinsam weiterzuentwickeln, wo es Kooperationsmöglichkeiten gebe. Er betont, dass er den Impuls, auf Augenhöhe zu arbeiten, für wichtig und richtig halte.
KTA Bade kritisiert die Aussage, dass manche Formulare nicht digital ausfüllbar seien. Sie betont, dass in der Samtgemeinde Gartow alles digital ausfüllbar sei und er dies aus eigener Erfahrung kenne.
Landrätin Schulz betont, dass ein solcher Antrag wichtig und richtig sei. Sie weist darauf hin, dass die Kreisverwaltung bereits mit den Samtgemeinden in Austausch sei. Sie betont, dass ein System, das mehrere Systeme miteinander verbinde, komplexer werde und mehr Sicherheitsstruktur erfordere. Sie betont, dass digitale Teilhabe und Barrierefreiheit nicht davon abhingen, wie die Systeme seien, und dass man in Detail gucken müsse, was umsetzbar sei.
KTA Klepper betont, dass Digitalisierung viele Vorteile habe, fragt aber, inwieweit „Menschlichkeiten“ auf der Strecke bleiben würden. Er kritisiert, dass Menschen ohne Computer nicht mehr zurechtkämen, wenn alles digital sei. Er fragt, ob es Anlaufstellen in den Verwaltungen gebe, wo man hingehen könne, wenn man nicht zurechtkomme.
KTA Siebolds betont, dass die Digitalisierung erst dann Sinn erhalte, wenn man die Struktur darunter betrachte. Es sei sinnlos, immer wieder von vorne zu beginnen. Er betont, dass es eine ähnliche Struktur geben müsse, damit die Systeme miteinander kommunizieren könnten. Er kritisiert, dass man im Nachhinein die Struktur erst entwickle, was aufwändiger sei. Er betont, dass es kompetente Ansprechpartner in den Gemeinden gebe und dass man nicht vorschreiben wolle, was die Gemeinden tun müssten, sondern gemeinsam eine Struktur entwickeln, die miteinander kompatibel sei.
KTA Donat unterstützt die Äußerungen von KTA Siebolds und betont, dass es einen Hype um Digitalisierung gebe. Er kritisiert, dass in der Privatwirtschaft und bei gemeinnützigen Trägern die Zeiten nicht besser seien. Er betont, dass man nicht einfach überall KI einsetzen dürfe, sondern dass man die Klimafrage und Nützlichkeit berücksichtigen müsse. Er kritisiert, dass man blind in eine Blase

laufen dürfe, und betont, dass Resilienz wichtig sei. Er fragt, was auf europäischen Servern liege und ob das robust und zukunftsfähig sei. Er begründet dies mit der Notwendigkeit, zukunftsfähige Systeme zu entwickeln, und unterstützt den Antrag der Grünen.

Verwiesen in den zuständigen Ausschuss Ja-Stimmen: 22 Nein-Stimmen: 5 Enthaltung: 2

Anmerkung der Verwaltung: Die Wahlvorschläge können als PDF ausgefüllt werden. Sie sind nach gesetzlichen Vorgaben aber persönlich und handschriftlich zu unterzeichnen.

31.	**2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung des Kreistages und der ehrenamtlich Tätigen (Entschädigungssatzung - ES)**	2026/865

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 29 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0
Die 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung der Abgeordneten des Kreistages und der ehrenamtlich Tätigen (Entschädigungssatzung – ES) wird in der vorliegenden Form beschlossen.

32.	**Annahme einer Spende in Höhe von 2.850 € für das Rundlingsmuseum Wendland**	2026/868

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 29 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0
Die Spende von Herrn Joris Kiestra in Höhe von 2.580 € für das Rundlingsmuseum wird angenommen.

33.	**Stellenmehrung im Fachdienst 61 Planen - Bereich Immissionsschutz**	2026/866

KTA Römer erläutert, dass die Einstellung einer weiteren Person in den Bereich im Moment nicht auf den real zu erwartenden Umfang der Arbeit beruhe. Es habe Pressekonferenzen und Pressemitteilungen gegeben, in der angekündigt worden sei, Arbeitsplätze in Deutschland zu entlassen. Es werde von einem hohen wirtschaftlichen Druck in der gesamten Branche gesprochen, und es sei angekündigt worden, stärker ins Ausland zu gehen. Die ersten großen Projektierer, darunter die ABO, hätten für dieses Jahr einen guten Gewinn prognostiziert, seien nun jedoch im Insolvenzfall. Die Verluste seien hoch. Der Markt sei im Moment in einer starken Bereinigungsphase. Sie verweist darauf, dass derzeit knapp über 200 Gigawatt an erneuerbaren installierten Leistungen vorhanden seien, während der Verbrauch im Sommer bei 50 bis 60 Gigawatt liege. Dies führe zu Rücktritten, wie beispielsweise bei BP und Shell, die stark zurückgezogen seien. Sie erwähnt den Gesetzesentwurf von Ministerin Reiche und verweist auf die Kapazitätseinschränkung aufgrund der drohenden Netzüberlastung. Danach seien Anlagen nicht mehr angeschlossen werden müssen, sodass kein Netzanschlussgebot mehr bestehe.
KTA Carmienke erklärt, dass man mit dem Wind gehen müsse, da der Ausbau der Windkraft den Immissionschutz erfordere, der professionell ablaufen müsse. Die Verfahren müssten schneller abgeschlossen werden, weshalb die Stelle notwendig sei. Er erklärt, er sei gegen Stellenmehrung, in diesem Zusammenhang jedoch für die Einführung der Stelle, um die Einigungsverfahren beschleunigen zu können. Er plädiere dafür, die Stelle heute zu schaffen, damit man in den Ausbau der neuen Genehmigungsweiterkommunen gut hineinkomme.

mehrheitlich beschlossen Ja-Stimmen: 26 Nein-Stimmen: 2 Enthaltung: 1 Befangen: 0
Im Vorgriff auf den Stellenplan 2027 werden im Fachdienst 61 – Planen zusätzlich 1,0 VZÄ E 11 (TVÖD-VKA) für die technische Sachbearbeitung im anlagenbezogenen Immissionsschutz eingerichtet.

34.	**Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen**

34.1.	**Ergebnis des Förderprogrammes Sanierung kommunaler Sportstätten**	2026/802

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Kenntnis genommen

34.2.	**Digitalpakt 2.0 – Informationen zur Verschiebung des rückwirkenden Maßnahmenbeginns**	2026/832

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Kenntnis genommen

34.3.	**Antragsrücknahme zur Übergangsfinanzierung der Beleghebammen im Landkreis Lüchow-Dannenberg**	2026/809

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Kenntnis genommen

34.4.	**Sachstand zur Kita-Bedarfsplanung für die Standorte Schnega, Schweskau, Lüchow (Wendland)**	2026/835

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Kenntnis genommen

34.6.	**Anfrage des KTA Himmel und KTA Gallei (Bündnis 90/Die Grünen) im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 26.06.2026: Beregnungssperren während der Mittagszeit**	2026/885

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Kenntnis genommen

34.7.	**Anfrage des KTA Carmienke (CDU) bzgl. WLAN in Schulen**

KTA Carmienke weist darauf hin, dass das WLAN-Netz zum Schulzentrum in Dannenberg aktuell in einem schlechten Zustand sei und nicht ausreiche, um das Netz einsparen zu können. Er berichtet, dass das Gebäudemanagement beauftragt wurde, Lösungen zur Verbesserung des Netzes zu prüfen, und fragt, wie der aktuelle Sachstand sei.
Landrätin Schulz gibt an, dass die Rückmeldung des Gebäudemanagements sei, dass die Verbesserung des WLAN-Netzes in den Sommerferien nicht möglich sei. Dies sei auch der Grund gewesen, warum der Antrag gestellt wurde, um sicherzustellen, dass das Netz für den Fall der Auslieferung neuer Tablets einsatzfähig sei. Sie berichtet, dass ein guter Austausch von Komponenten und Leitungen bereits dazu geführt habe, dass die Probleme und Beschwerden deutlich verringert seien. Sie weist darauf hin, dass die Umsetzung der Maßnahmen keine Voraussetzung für den Einsatz der Geräte sei.

Kenntnis genommen

34.8.	**Anfrage der KTA Peters (SPD) bzgl. Zuzahlung Kredite Neu-Tramm**

KTA Peters fragt, wie viel der Landkreis momentan zu der Kreditrate für Neu Tramm zuzahlen muss.

Anmerkung der Verwaltung: Zur Finanzierung des Kaufpreises von Neu Tramm wurde zum 28.05.25 ein Investivdarlehn in Höhe von 10,066 Mio. EUR aufgenommen.
Hierfür fallen im Jahr 2026 Zinsen (Zinssatz 3,09 %) von 296.400 EUR und eine Tilgung von 266.400 EUR, insgesamt also ein Schuldendienst von 562.800 EUR an.
Per 31.05.2026 waren in der Unterkunft Neu Tramm 96 Menschen untergebracht.
Hiervon waren 32 Personen ukrainisch Geflüchtete (Zuständigkeit der Samtgemeinden), so dass der Landkreis für 64 Personen die Jahrespauschale von gesetzlich 10.000 EUR (tatsächlich aber in den

vergangenen Jahren mehr) erhält.
Von der Pauschale sind alle Kosten für die Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten (Unterkunft und Heizung, Verpflegung, Taschengeld, Krankenkosten) zu bestreiten.
Im Rahmen der seinerzeitigen Berechnungen wurde davon ausgegangen, dass je Geflüchtetem 257 EUR (Mittelwert nach den anerkannten Mieten) pro Monat, also 3.084 EUR/ Jahr aus der Pauschale bestritten werden können.
Bei nunmehr 96 Geflüchteten ergäben sich Deckungsmittel für den Schuldendienst von rund 296.000 EUR. Es ergeben sich damit ungedeckte Kosten von ca. 267.000 EUR.
Weitere Nutzungen der Liegenschaft sind in Planung.
Hinzuweisen ist aber auch darauf, dass die in der Sitzungsvorlage 2024/269 genannte Unterbringungsvariante (Container am Breeser Weg Dannenberg) zu Investitionen von 6,837 Mio. EUR geführt hätte (berücksichtigt wurde hier bereits, dass die Ertüchtigung des Bestandsgebäudes mit 2,6 Mio. EUR aufgrund der gesunkenen Flüchtlingszahlen nicht realisiert worden wäre).
Setzt man diesen Betrag mit den gleichen Zins- und Laufzeitparametern an, so ergibt sich ein jährlicher Schuldendienst von 394.600 EUR, der nach der o.a. Berechnung mit jährlich ca. 98.600 EUR ungedeckt geblieben wäre.

Kenntnis genommen

34.9. Mitteilung des KTA Donat (Soli) bzgl. Antrag Zwischenlagerung und Fachausschuss Atom

KTA Donat kündigt einen möglichen Atomausschuss am 31.07.2026 mit dem Staatssekretär Jochen Flasbarth an.

Kenntnis genommen

Vorsitzender KTA Kaufmann schließt die Sitzung um 18:41 Uhr.

gez. Kaufmann	gez. D. Schulz	gez. Talg
Vorsitzender	Landrätin	Protokollführung